

Zwischeneuropa im Spannungsfeld außen- und sicherheitspolitischer Interessen der EU und Russlands

Velina Tchakarova

ABSTRACT

Relations between the European Union (EU) and the Russian Federation put great emphasis on topics like energy policy or trade. Relatively less interest is put on questions concerning a strategic cooperation between Russia and the EU in the field of foreign and security policy. The need for an intensified debate, however, proves to be important, since both actors have common borders on the Old Continent. The geographical area of European countries, which are situated between the EU and Russia, is known as "Europe-in-between" due to its position and political affiliation to both actors. In "Europe-in-between" the strategic interests and goals of Russia and the EU both coincide and collide in the field of foreign and security policy.

Die wissenschaftliche und politische Diskussion über die bilateralen Beziehungen zwischen der Europäischen Union (EU) und Russland legt großes Gewicht auf die Energiepolitik sowie Fragen des bilateralen Handels und der Finanzbeziehungen. Weniger Aufmerksamkeit findet die Entwicklung einer strategischen Partnerschaft im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik, die den geografischen Raum zwischen der EU und Russland, das Zwischeneuropa, zu berücksichtigen hat. Hier treffen die strategischen Interessen und Ziele beider Akteure aufeinander.

Der institutionelle Rahmen EU-Russland

Die institutionelle Neuausrichtung der Beziehungen zwischen Brüssel und Moskau reicht in die 1990er Jahre zurück. Als Grundlage der Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften einerseits und der Russischen Föderation andererseits gilt das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA), das 1994 unterzeichnet worden war und 1997 mit zehnjähriger Laufzeit in Kraft trat; seit dem Ende seiner Laufzeit im Jahre 2007 hat es sich bislang jeweils automatisch um ein weiteres Jahr verlängert. Das PKA bildet auch den institutionellen Rahmen für den Dialog im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik, die Schaffung des Abkommens stellt einen neuen Modus für den politischen Austausch zwischen der EU und Russland dar. Die zweimal jährlich stattfindenden EU-Russland-Gipfel und der Ständige Kooperationsrat für Auswärtige

angelegenheiten sind zu den wichtigsten Instrumenten der strategischen Partnerschaft geworden und ermöglichen die Annäherung bei außen- und sicherheitspolitischen Themen. Auf dem EU-Russland-Gipfel im Juni 2008 wurden Verhandlungen zu einem neuen, umfassenderen Partnerschafts- und Kooperationsabkommen aufgenommen, welches den aktuellen Stand der bilateralen Beziehungen widerspiegeln sollte. Allerdings schien der Verhandlungsprozess nach dem Georgien-Krieg vom August 2008 und der daraus folgenden Verschlechterung der bilateralen Beziehungen schwieriger zu sein. Dennoch zeichnete sich eine Normalisierung der Beziehungen bei den EU-Russland-Gipfeltreffen im Mai und November 2009 ab, nachdem die EU die Östliche Partnerschaft im Mai 2009 ins Leben gerufen hatte. Anlässlich der laufenden Verhandlungen zum neuen PKA ziehen beide Akteure aus heutiger Perspektive eine positive Zwischenbilanz.

Die Gemeinsame Strategie der Europäischen Union vom 4. Juni 1999 für Russland wurde als erste Anwendung des Rechtsinstruments der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) beschlossen. In dieser Strategie wurden neue Perspektiven der strategischen Partnerschaft aufgezeigt, und die EU bekannte sich zur Wahrung der Stabilität in Europa durch verstärkte Zusammenarbeit mit Russland im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik. Auch sollten nunmehr die Positionen zu sicherheitspolitischen Herausforderungen in Europa und auf

globaler Ebene im institutionellen Rahmen des politischen Dialogs thematisiert werden.

In der Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS) aus dem Jahr 2003 wird Russland als ein Partner mit wichtiger Rolle in globalen Fragen und bei internationalen Organisationen anerkannt. Im Rahmen des EU-Russland-Gipfels 2003 erfolgte durch die Ausdifferenzierung der vier Räume der Zusammenarbeit eine Vertiefung der Kooperation, die zwei Jahre später im Jahr 2005 in einer sogenannten „Road Map“ zusammengefasst wurde. Bei den vier Räumen widmet sich der dritte der äußeren Sicherheit. Hier werden fünf prioritäre Gebiete genannt, welche die strategische Kooperation in diesem dritten Raum festigen sollen:

- ★ die Intensivierung des politischen Dialogs und verstärkte Zusammenarbeit in den internationalen Beziehungen;
- ★ die Bekämpfung des internationalen Terrorismus;
- ★ die Verhinderung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und damit einhergehend die Förderung der nuklearen Abrüstung;
- ★ die Zusammenarbeit beim Krisenmanagement und bei der Krisenprävention;
- ★ die Zusammenarbeit beim Zivilschutz.

Auch in dem Länderstrategiepapier der EU zu Russland, welches den Zeitraum

2007 bis 2013 umfasst, wird die Bedeutung des gemeinsamen Raums der äußeren Sicherheit hervorgehoben, dabei werden die fünf Themenkomplexe ein weiteres Mal bestätigt. Ein besonderes Augenmerk legt die EU auf die Sicherheit und Stabilität in den unmittelbar angrenzenden östlichen Nachbarregionen. Im Mittelpunkt stehen die eingefrorenen Konflikte im Südkaukasus, d. h. in Transnistrien (zwischen Moldawien und der Ukraine), Abchasien und Südossetien (zwischen Georgien und Russland) und Berg-Karabach (zwischen Armenien und Aserbaidschan), sowie im nahe liegenden Nordkaukasus (insbesondere die innerstaatlichen Sezessionskonflikte in Tschetschenien, Dagestan und Inguschetien). Allerdings wird in diesem Länderstrategiepapier der Umsetzung der GASP in Bezug auf Russland nur ein einziger Absatz gewidmet. Dies liegt auch darin begründet, dass der dritte Raum einen noch zu abstrakten Charakter aufweist und die strategische Partnerschaft im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik nur auf unverbindlichen Positionen beruht. Hinzu kommt die Tatsache, dass die EU und Russland unterschiedliche sicherheitspolitische Ansätze im geografischen Raum Zwischeneuropa verfolgen.

Außen- und sicherheitspolitische Wahrnehmungen und Interessen Russlands in Bezug auf die EU und Zwischeneuropa

Nach dem Ende des Kalten Krieges und dem Verlust des Supermachtstatus hat Russland lange Zeit gebraucht, um aus der Sinnkrise herauszukommen und eine neue Staatsidentität zu entwickeln. Damit dies gelingen konnte, mussten zuerst der Zerfall der Sowjetunion, die Unabhängigkeit der postsowjetischen Republiken und der Einflussverlust des Ostblocks als Prozesse verarbeitet werden. Nach einem Jahrzehnt der intensiven Identitätssuche und politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Transformation definierte Russland zu Beginn des neuen Jahrhunderts seine außen- und sicherheitspolitischen Interessen und Ziele wie auch strategische Handlungsweise und Orientierung aufs Neue. Zahlreiche politische Dokumente entstanden in dieser Zeit und

wurden während der Präsidentschaft von Putin zwischen 2000 und 2008 infolge der politischen und wirtschaftlichen Stabilisierung des Landes entworfen. Mit der Machtübernahme durch Dimitri Medwedew 2008 wurde diese Entwicklung weiter fortgeführt. Die strategischen Dokumente in Bezug auf die russische Außen- und Sicherheitspolitik sind hauptsächlich auf das Konzept für die Außenpolitik der Russischen Föderation (2000 und 2008), das Konzept der Nationalen Sicherheit der Russischen Föderation (2000), die Strategie der Nationalen Sicherheit der Russischen Föderation bis zum Jahr 2020 (2009), die Militärdoktrin (2010) wie auch die Maritime-Doktrin bis zum Jahr 2020 (2004) zurückzuführen. Hinzu kommt auch die Mittelfristige Strategie zur Entwicklung der Beziehungen zwischen Russland und der EU für den Zeitraum 2000-2010.

In diesen Dokumenten setzt sich Russland mit seinen Bedrohungsperzeptionen, mit den potenziellen Gefahren und Risikoszenarien, aber auch mit der Formulierung wesentlicher Interessen, Ziele und Prioritäten im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik auseinander. Unter anderem wird die russische Sicht bezüglich der strategischen Partnerschaft mit der EU und der Beziehungen mit den ehemaligen Sowjetrepubliken in Zwischeneuropa festgelegt. Die grundlegenden Bedrohungsperzeptionen, die sich aus den Dokumenten ableiten lassen und in einem europäischen Kontext stehen, stammen noch aus der Zeit des Kalten Krieges. Für die russische Wahrnehmung von der EU ist kennzeichnend, dass diese immer noch durch das Bedrohungsbild der Einkreisung und der Eindämmung geprägt ist, welche als klassische Instrumente des geopolitischen Ansatzes des Westens während des Kalten Krieges und in der Zeit zuvor galten. Diesbezüglich versucht Russland den weiteren Einflussverlust in seinem unmittelbaren Umfeld zu verhindern, weil die postsowjetischen Republiken in Zwischeneuropa mittlerweile die politische und wirtschaftliche Annäherung an die EU anstreben.

Die außen- und sicherheitspolitischen Beziehungen mit der EU sind aus russischer Sicht nur auf gleicher Augenhöhe und zwischen gleichberechtigten Partnern

möglich. In dieser Hinsicht lehnt Russland den asymmetrischen Ansatz der EU ab, der sich in der vorgegebenen rechtlichen, wirtschaftlichen und politischen Konditionalität der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) und Östlichen Partnerschaft zeigt. Russland zeigt kein Interesse an einer Beteiligung an diesen Instrumenten und sieht sich in den dafür geschaffenen Rahmen von EU-Programmen, Agenturen und Kooperationsformen der ENP und der Östlichen Partnerschaft nicht eingebunden. Russland legt viel mehr Gewicht auf den bilateralen Modus des regelmäßigen politischen Dialogs mit der EU, welcher alle wesentlichen außenpolitischen Themen von gemeinsamem Interesse umfasst. Die Instrumente des Ständigen Partnerschaftsrats auf der Außenministerebene und der zweimal jährlich stattfindende EU-Russland-Gipfel bilden aus russischer Sicht die Grundlage für die konstruktiven und pragmatischen Beziehungen im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik.

Zwischeneuropa – außen- und sicherheitspolitische Bedeutung für die EU und Russland

Der geografische Raum, der nach den letzten zwei EU-Erweiterungswellen 2004 und 2007 zwischen den neuen EU-Mitgliedstaaten, einschließlich der gegenwärtigen und potenziellen EU-Beitrittskandidaten in Südosteuropa, einerseits und den ehemaligen Sowjetrepubliken Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Weißrussland, der Ukraine und Moldawien andererseits entstand, wird in der wissenschaftlichen Literatur als Zwischeneuropa definiert. Geografisch lassen sich die ersten drei Länder zum Südkaukasus, die verbleibenden drei Länder zu Osteuropa zuordnen. Der Begriff Zwischeneuropa rückte in den Vordergrund, seitdem die geografische Pufferzone zwischen den sechs Ex-Sowjetrepubliken und den neuen EU-Mitgliedern nach den letzten Erweiterungswellen entstanden war. Die Länder Zwischeneuropas grenzen an die EU und sind von Russland politisch wie auch wirtschaftlich noch stark beeinflusst. In diesem Raum treffen aber nicht nur die außen- und sicherheitspolitischen Interessen von Moskau und Brüssel aufeinander, auch die USA und andere Nachbarländer wie die Türkei

verfolgen bezüglich dieser Region eigene Sicherheitsinteressen.

Mit Blick auf Zwischeneuropa gestalten sich die sicherheitspolitischen Beziehungen zwischen Russland und der EU schwierig. Russland versteht die EU als einen einheitlichen Akteur mit Anspruch auf eine globale ordnungspolitische Rolle und gleichzeitig als einen direkten Konkurrenten in der Region Zwischeneuropa. Gegenüber Zwischeneuropa verfolgen beide Akteure unterschiedliche außenpolitische Ansätze. Die EU betrachtet diese Region als ein an sie angrenzendes Nachbarschaftsgebiet, mit dessen Ländern sie seit 2004 im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik und seit 2009 zusätzlich im Rahmen der Östlichen Partnerschaftspolitik kooperiert. Durch die Instrumente der ENP und Östlichen Partnerschaft strebt die EU eine gegenseitige Annäherung in unterschiedlichen Bereichen an, aber vor allem „enge, auf Zusammenarbeit gegründete“ Nachbarschaftsbeziehungen (ESS 2003). So liegt es im Interesse der EU, „einen Ring stabiler, befreundeter Staaten“ (ENP 2004) an ihrer Ostgrenze zu etablieren, in dem dauerhafte Stabilität, Sicherheit bzw. Energiesicherheit durch wirtschaftliche und politische Kooperation erreicht werden. Für den Zeitraum 2010 bis 2013 sind insgesamt 600 Millionen Euro für Finanzhilfen sowie Visa- und Handels erleichterungen vorgesehen. Durch die Östliche Partnerschaft bietet sich des Weiteren die Möglichkeit des politischen Dialogs: mit allen Ländern, bis auf Weißrussland (aufgrund der Demokratiedefizite der Lukaschenko-Präsidentschaft), steht die Unterzeichnung von Assoziierungsabkommen ab 2010 an. Den sechs Ländern wird zwar keine EU-Beitrittsperspektive gewährt, aber sie bleibt auch nicht explizit ausgeschlossen. Zugleich sind alle sechs Länder auch Mitglieder der von Russland errichteten Gemeinschaft der unabhängigen Staaten (GUS) und sie bleiben somit nach wie vor im engsten Einflussbereich der außen- und sicherheitspolitischen Interessen Russlands (nach dem Georgienkrieg 2008 schied Georgien aus der GUS aus und distanzierte sich deutlich vom politischen Einfluss Russlands).

Als Nachfolger der ehemaligen Sowjetunion hat Russland bereits 1992 die

Doktrin des „nahen Auslands“ entworfen. Demnach ist der geografische Raum, der unmittelbar an Russland grenzt, von wesentlicher sicherheitsstrategischer Bedeutung. Russland betrachtet alle Staaten entlang seiner Grenzen und vor allem die GUS-Staaten im euro-asiatischen Raum als besonderes Einflussgebiet seiner Außenpolitik- und Sicherheitsinteressen. Diese Doktrin erweckt den Eindruck, als ob Russland sich das militärische Recht zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten dieser Länder vorbehalten möchte. Gleichzeitig betrachtet Moskau jeglichen Einfluss von Seiten der EU oder den USA als ausländische Einmischung in die Region. Spätestens nach dem Georgienkrieg 2008 war für die russische Führung klar geworden, dass neben den amerikanischen auch die europäischen Interessen die russische Sicherheitspolitik im „nahen Ausland“ herausfordern. 2008 errichtete Russland die Agentur für GUS-Angelegenheiten im Außenministerium, die unter anderem darauf ausgerichtet ist, das „nahe Ausland“ durch wirtschaftliche Anreize, Kredite und finanzielle Unterstützung an sich zu binden.

Gemeinsame Interessen in der Außen- und Sicherheitspolitik

Die Grundlagen für eine strategische Kooperation zwischen der EU und Russland im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik sind vorhanden. Spätestens seit Beginn dieses Jahrhunderts verstehen sich die EU und Russland gegenseitig als globale Akteure in den internationalen Beziehungen. In den russischen Dokumenten wird die globale Rolle der EU als außenpolitischer Akteur mit Gesamtinteressen, neben den nationalen Interessen der einzelnen EU-Mitgliedstaaten, hervorgehoben. Darüber hinaus betrachtet Russland die Entwicklung der GASP bzw. der Verteidigungsidentität der EU mit zunehmendem Interesse.

Russland unterstützt, ebenso wie die EU, eine multilaterale Weltordnung in Anlehnung an die Vereinten Nationen und die Stärkung der internationalen und regionalen Organisationen einschließlich internationaler Rechtsnormen und -verträge an. Dementsprechend erwartet Russland von der EU als gleichberechtigter Partner mit Großmachtspotenzial behandelt zu

werden. Darüber hinaus sind Russland und die EU an einer verstärkten Kooperation im Bereich der Sicherheitspolitik interessiert, wie aus den fünf Themenkomplexen des dritten Raums zu entnehmen ist. Nicht zuletzt verfolgen beide Akteure das außenpolitische Ziel der Stabilisierung und Sicherstellung ihrer gemeinsamen Nachbarschaftsgrenzen in Zwischeneuropa.

Zusammenfassend sind eine hohe Interesseninterdependenz und eine ähnliche Bedrohungsanalyse bezüglich akuter Konfliktthemen in den internationalen Beziehungen hervorzuheben und folgende Interessenüberschneidungen zu konstatieren:

- ★ die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und die Stärkung der internationalen Regime, welche die nukleare Abrüstung, die Verbreitung und Herstellung von Nuklearwaffen wie auch die konventionelle Rüstungskontrolle regeln;
- ★ das iranische Atomwaffenprogramm;
- ★ die Entwicklung der Beziehungen innerhalb und zu den BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien und China);
- ★ der Kampf gegen den internationalen Terrorismus wie auch gegen die sogenannten ‚weichen‘ Sicherheitsbedrohungen wie beispielsweise die grenzübergreifende organisierte Kriminalität sowie den Drogen-, Waffen- und Frauenhandel;
- ★ der Friedensprozess im Nahen Osten;
- ★ der Umgang mit und das Engagement in fragilen Staaten wie beispielsweise Afghanistan und Irak;
- ★ die Unterstützung der Vereinten Nationen bei der Durchführung von militärischen friedenserhaltenden Operationen in der Welt;
- ★ die Problematik der Militarisierung des Weltraums.

Gegensätze in der Außen- und Sicherheitspolitik

Trotz der bestehenden Interesseninterdependenz rücken wesentliche Gegensätze im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik in den Vordergrund. Das russische Feindbild des Westens und die Bedro-

hungswahrnehmung der Einkreisung und Eindämmung durch die Westmächte sind nach wie vor vorhanden, obwohl sie nicht mehr explizit in den strategischen Dokumenten Russlands festgelegt worden sind. Russland fühlt sich durch die EU-Erweiterung geografisch und politisch in seinem „nahen Ausland“ verdrängt und versucht demzufolge in klassischer geopolitischer Weise seinen Macht- bzw. Einflusstatus durch die Schaffung einer Pufferzone in Zwischeneuropa abzusichern. Die vom russischen Präsidenten Medwedew 2008 ergriffene Initiative einer gemeinsamen paneuropäischen Sicherheitsarchitektur von Vancouver bis Wladiwostok, welche die Errichtung eines neuen Systems der kollektiven Sicherheit auf vertraglicher Basis mit der militärischen Beteiligung Russlands ermöglichen sollte, dient daher als Gegenvorschlag gegenüber der euro-atlantischen Zusammenarbeit und Erweiterung auf dem alten Kontinent. Doch eine Vielzahl europäischer Staaten sieht sich nach wie vor in der Sicherheitsarchitektur der NATO integriert und zeigt gegenwärtig kaum Interesse an der russischen Initiative. Auch richten sich die russischen Sicherheitsinteressen hauptsächlich gegen die NATO-Erweiterung, gegen die Stationierung eines amerikanischen Raketenabwehrsystems in Zentraleuropa wie auch gegen den Einsatz fremder Truppen im „nahen Ausland“ bzw. Militäreinsätze ohne Zustimmung des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, wie beispielsweise 1999 im Kosovo.

Die unterschiedlichen außenpolitischen Ansätze und Sicherheitsinteressen in Zwischeneuropa stellen ein großes Hindernis für die strategische Partnerschaft dar. Spätestens nach dem Georgienkrieg 2008 wurde klar, dass die EU und Russland in Zwischeneuropa ihre jeweils eigenen Sicherheitsstrategien verfolgen und dadurch auch ein Wettbewerb um politischen und wirtschaftlichen Einfluss in dieser Region entstanden ist. Die EU versteht sich bereits als ein sicherheitspolitischer Akteur in dieser Region und will dort mittels der genannten Instrumente die Errichtung einer Zone befreundeter Staaten fördern, die ein stabiles und friedenssicherndes Umfeld an ihrer Ostgren-

ze gewährleisten. Gleichzeitig versucht Russland durch den militärischen, politischen und wirtschaftlichen Einfluss seine Westgrenze in Zwischeneuropa abzusichern und eine geopolitische Pufferzone zwischen sich und der EU zu etablieren. Die EU hingegen will mittels der ENP und Östlichen Partnerschaft Trennlinien zwischen sich und ihren unmittelbaren östlichen Nachbarn vermeiden.

Darüber hinaus werden die EU-Missionen (EUMM und EUJUST THEMIS in Georgien, EUBAM in Moldawien und der Ukraine) in Zwischeneuropa von Russland mit Skepsis beobachtet, denn Moskau lehnt weiterhin jegliche militärische Präsenz in dieser Region streng ab. Hinzu kommt die Problematik der eingefrorenen Konflikte in Südossetien, Abchasien und Berg-Karabach im Südkaukasus, welche ein Konfliktpotenzial in den bilateralen Beziehungen darstellt. Russland hat Südossetien und Abchasien im Anschluss an den Georgienkrieg 2008 einseitig anerkannt und verweigert der EU-Beobachtungsmission weiterhin den Zugang zu den beiden Republiken. Ihre einseitige Anerkennung durch Russland wird von der EU nachdrücklich missbilligt. Letztere legt großes Gewicht darauf, dass Stabilität und Frieden in der südkaukasischen Region gewährleistet werden, und verfolgt demnach eine aktive Politik der Unterstützung des Konfliktlösungsprozesses in der Region. Des Weiteren bleibt aus der Sicht der EU die Lage im Nordkaukasus hinsichtlich der innerstaatlichen Sezessionskonflikte in Tschetschenien, Inguschetien und Dagestan andauernd brisant. So wird in diesem Zusammenhang Russland hinsichtlich seiner Anti-Terror-Politik gegenüber den islamistischen Rebellen kritisiert. Die Kritik der EU an Russlands Nordkaukasus-Politik stellt ein weiteres Hindernis in der strategischen Partnerschaft dar.

Fazit

Das Dreiecksverhältnis Russland-EU-Zwischeneuropa bedarf aufgrund der unmittelbaren Nachbarschaftsbeziehungen vermehrter Aufmerksamkeit. Russland und die EU sind gleichermaßen daran interessiert, stabile und friedenssichere Nachbarstaaten entlang der gemeinsamen Grenzen zu haben und für beide

Akteure ist die Region von geopolitischem Interesse. Die Instrumente und Strategien zur Förderung von Stabilität und Sicherheit in Zwischeneuropa unterscheiden sich jedoch und verdeutlichen konkurrierende Interessen bezüglich dieser Region. Insgesamt betrachtet bieten sich dennoch Möglichkeiten für eine Annäherung. Die Sicherheitskooperation sollte im ständigen Partnerschaftsrat für Auswärtige Angelegenheiten und auf den zweimal jährlich stattfindenden EU-Russland-Gipfeln weiter intensiviert werden. Diese zwei Strukturen können als Grundlage für die Schaffung neuer gemeinsamer Kommunikations- und Konsultationsmechanismen im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik dienen. Durch die Unterzeichnung eines neuen umfassenderen Kooperations- und Partnerschaftsabkommens könnte eine Vertiefung und Verflechtung der bilateralen Beziehungen im dritten Raum der äußeren Sicherheit auf verbindlicher Basis erfolgen. Nicht zuletzt sollte die russische Initiative für eine neue europäische Sicherheitsarchitektur mehr Beachtung finden. Innerhalb eines paneuropäischen Sicherheitssystems wäre der Weg für eine Annäherung der beiden Akteure an das Ziel der gemeinsamen Stabilisierung und Konfliktregelung im gesamteuropäischen Raum, einschließlich der Region Zwischeneuropa, frei.

Velina Tchakarova ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am AIES

Alle Rechte vorbehalten.
Nachdruck oder vergleichbare Verwendungen von Arbeiten des Austria Instituts für Europa- und Sicherheitspolitik (AIES) sind auch in Auszügen nur mit vorheriger Genehmigung gestattet.
Die im AIES-Fokus veröffentlichten Beiträge geben ausschließlich die Meinung der jeweiligen Autorinnen und Autoren wieder.

© Austria Institut für Europa- und Sicherheitspolitik, 2010.

Schlossgasse 6
A-2344 Maria Enzersdorf
Tel. +43 (0)2236 411 96
Fax. +43 (0)2236 411 96-9
E-Mail: office@aies.at
www.aies.at

Gestaltung & Druck:
Magoo Events & Marketing
www.magoo.ag